Ersetzungsantrag

4. Sitzung der Stadtvertretung am 16.11.2009

TOP 32: „Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der neuen Bundesregierung“

Einbringer: SPD-Fraktion

Der Beschlussvorschlag im Antrag „Entschließungsantrag zu den Steuersenkungs-plänen der neuen Bundesregierung“ der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 00210/2009 wird wie folgt ersetzt:

I.

Bereits ohne Steuersenkung fehlen den Kommunen in Deutschland durch Einnahmeausfälle wegen der Wirtschaftskrise 8 Milliarden Steuereinnahmen. Das vorliegende Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Schwarz-Gelben Koalition wird die Kommunen bundesweit im nächsten Jahr mit rd. 865 Millionen Euro und in den Jahren 2011 bis 2014 mit jährlich rund 1,56 Milliarden Euro neu belasten. Weitere 24 Milliarden Euro Steuerentlastungen sollen noch kommen. Unsere Stadt steht bereits jetzt finanziell mit dem Rücken zur Wand. Weitere Einnahmeverluste führen am Ende zwangsläufig zu höheren Kita - Beiträgen, weniger neue Ganztagsschulen, weniger Jugendsozialarbeit, Kürzungen bei Bibliotheken, bei den Sportvereinen und bei den Seniorennachmittagen. Und diese Politik führt zur Demontage der kommunalen Selbstverwaltung.

II.

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

1. ist besorgt über die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Mecklenburg-Vorpommern und seine Kommunen. Die Mindereinnahmen werden nächstes Jahr etwa 30 und 2011 etwa 40 Millionen Euro betragen. Das ist Geld, das dem Land und uns Kommunen effektiv fehlen wird. Mit 35 Millionen Euro könnte in unserem Land und in unserer Stadt z.B. der Kita - Betreuungsschlüssel von 1:18 auf 1:13 gesenkt werden.
2. kritisiert, das die Steuerentlastungen fast ausschließlich Besserverdienenden zugute kommen. Das gilt vor allem für die Erhöhung des Kinderfreibetrages. Viele Familien in unserer Stadt werden davon nichts bekommen. Die Kinderarmut wird zunehmen. Familien, die von Hartz IV leben müssen, gehen leer aus. Auch bei Alleinerziehenden wird das Kindergeld in den meisten Fällen nicht ankommen. Der Bund gibt insgesamt 4,6 Mrd. Euro aus. Dieses Geld kann in unserem Land für kostenfreie Kitas und kostenfreies Schulessen nutzen, dann hätten alle Kinder etwas davon.

3. verbindet mit der Mehrwertsteuerabsenkung im Beherbergungsgewerbe die Erwartung, dass die zum Teil skandalös niedrigen Löhne der dort Beschäftigten erhöht werden.

4. erwartet vom Bund, dass er die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz beabsichtigten steuerlichen Erleichterungen selbst finanziert, in dem er z.B. seinen Einkommensteueranteil entsprechend reduziert, so dass die Belastungen der Länder und Kommunen nicht mehr anfallen. Auch bei der Gewerbesteuerentlastung drängt sich zur Gegenfinanzierung ein entsprechender Verzicht des Bundes auf die Gewerbesteuerumlage auf.

5. ruft die Stadtspitze und alle in der Schweriner Stadtvertretung vertretenen Parteien auf, sich auf allen Ebenen für eine solidarische und sozial gerechte sowie die kommunale Selbstverwaltung erhaltende Wachstumspolitik einzusetzen.

Begründung:

Deckungsvorschlag bei Mehrausgaben oder Mindereinnahmen: ./.

Nur vom Präsidium auszufüllen!

☐ angenommen

☐ abgelehnt

Schwerin, den 06.11.2009

Daniel Meslien
Vorsitzender der SPD-Fraktion